Bundesgerichtshof

IM NAMEN DES VOLKES

URTEIL

§ 932 BGB, § 366 HGB

Auch unter Kraftfahrzeughändlern, die mit gebrauchten, aus beendeten Leasingverträgen stammenden Kraftfahrzeugen handeln, gilt der Grundsatz, dass der gute Glaube des Erwerbers an das Eigentum bzw die Verfügungsbefugnis des Veräußerers nur geschützt ist, wenn er sich zumindest den Kraftfahrzeugbrief vorlegen läßt. Verzichtet der Erwerber hierauf in der Annahme, der Brief befinde sich noch bei der Leasinggesellschaft, trägt er das Risiko, dass der Veräußerer nicht einmal verfügungsbefugt ist.

BGH, Urteil vom 13.05.1996, Az.: II ZR 222/95

Tenor:

Auf die Revision der Klägerin wird das Urteil des 10. Zivilsenats des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg vom 27. Juli 1995 aufgehoben.

Die Sache wird zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung, auch über die Kosten des Revisionsverfahrens, an das Berufungsgericht zurückverwiesen.

Von Rechts wegen

Tatbestand:

1

Die klagende Sparkasse hatte der inzwischen in Konkurs gefallenen Autohaus S. GmbH (S. GmbH) Kredite gewährt. Zu deren Sicherung wurden zuletzt unter dem 5. Februar 1993 zwei Raumsicherungsverträge geschlossen, nach denen sämtliche auf dem Betriebsgelände der S. GmbH in U. und in W. vorhandenen oder dorthin verbrachten Gebrauchtfahrzeuge an die Klägerin zur Sicherheit übereignet wurden. In Nr. 4.2 dieser Verträge heißt es unter anderem:

2

"Der Sicherungsgeber händigt der Sparkasse die Kfz-Briefe der als Sicherheit dienenden Fahrzeuge aus. Die Übergabe der als Sicherheit dienenden Fahrzeuge an die Sparkasse wird durch folgende Vereinbarungen ersetzt: Die Sparkasse beläßt dem Sicherungsgeber, damit er seinen Betrieb im bisherigen Rahmen ordnungsgemäß weiterführen kann, den

unmittelbaren Besitz der als Sicherheit dienenden Fahrzeuge und gestattet ihm, die in ihrem Eigentum stehenden Fahrzeuge im eigenen Namen, jedoch im Interesse der Sparkasse zu verkaufen; ... Die Sparkasse kann das Besitzrecht widerrufen, wenn sie dies für erforderlich halten darf."

3

Die beklagte GmbH handelt mit Gebrauchtwagen und stand seit vielen Jahren mit der S. GmbH in Geschäftsbeziehungen und hat dabei vielfach von ihr gleichzeitig mehrere Gebrauchtwagen erworben. So kaufte die Beklagte auch am 17. März 1993 insgesamt neun gebrauchte Kraftfahrzeuge zum Gesamtpreis von 152.000,- DM, der auf ein bei der Klägerin geführtes Geschäftskonto der S. GmbH, nicht jedoch auf ein eigens eingerichtetes "Gebrauchtwagenkonto" überwiesen wurde. Die Beklagte nahm die Fahrzeuge mit, erhielt aber nur für fünf von ihnen gleichzeitig die Kfz-Briefe. Hinsichtlich zwei dieser Pkw, für die von der S. GmbH die Kraftfahrzeugbriefe nicht vorgelegt werden konnten, hat die Klägerin im vorliegenden Rechtsstreit zunächst Herausgabe von der Beklagten mit der Begründung verlangt, sie sei Eigentümerin der beiden Wagen, zu deren Veräußerung die S. GmbH jedenfalls Mitte März 1993 nicht mehr berechtigt gewesen sei; die Beklagte habe das Eigentum auch nicht gutgläubig erwerben können. Nachdem die Pkw während des Rechtsstreits einverständlich weiter veräußert worden sind, streiten die Parteien mit Klage und Widerklage darum, wem der Verkaufserlös zusteht. Das Landgericht hat dem Begehren der Klägerin entsprochen, das Oberlandesgericht hat umgekehrt entschieden. Mit der - zugelassenen - Revision erstrebt die Klägerin die Wiederherstellung des landgerichtlichen Urteils.

Entscheidungsgründe:

4

Die Revision ist begründet und führt zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

5

1. Das Berufungsgericht geht davon aus, daß die Klägerin aufgrund der beiden Raumsicherungsverträge vom 5. Februar 1993 Eigentümerin der beiden Kraftwagen geworden war. Dies läßt Rechtsfehler nicht erkennen und wird in der Revisionsinstanz auch von der Beklagten nicht mehr in Frage gestellt. Ob die S. GmbH - wofür jedenfalls der Wortlaut der Raumsicherungsverträge spricht - ermächtigt war, die an die Klägerin sicherungsübereigneten Fahrzeuge im ordnungsgemäßen Geschäftsverkehr weiter zu veräußern, hat es nicht geprüft, sondern zugunsten der Klägerin unterstellt, daß diese Ermächtigung jedenfalls im Zeitpunkt der Veräußerung der Pkw an die Beklagte nicht mehr bestanden, die S. GmbH also als Nichtberechtigte gehandelt hat. Nach Ansicht des Oberlandesgerichts hat die Klägerin mit ihrem Begehren aber deswegen keinen Erfolg, weil die Beklagte das Eigentum an den beiden Pkw gutgläubig erworben hat: Diese habe ohne grobe Fahrlässigkeit auf die Verfügungsbefugnis der S. GmbH vertrauen können; da sie jahrelang ähnliche Geschäfte mit der S. GmbH abgewickelt und deswegen gewußt habe, daß die Kraftfahrzeugbriefe der von ihr übernommenen Automobile teilweise noch bei den Leasinggesellschaften lagen und erst dort abgefordert werden mußten, habe sie keinen Verdacht schöpfen müssen, daß für die beiden Personenwagen, um deren Verkaufserlös die Parteien streiten, von der S. GmbH die Kraftfahrzeugbriefe nicht vorgelegt werden konnten.

6

2. Hiergegen wendet sich die Revision mit Recht. Dabei braucht der Senat zu der Verfahrensrüge nicht Stellung zu nehmen, daß das Berufungsgericht dem Vortrag der Klägerin zur Kenntnis der Beklagten von der desolaten finanziellen Situation der S.

GmbH und ihrer gemeinschaftlich betriebenen Scheckreiterei nicht nachgegangen sei. Denn das Berufungsurteil begegnet schon im Ausgangspunkt durchgreifenden rechtlichen Bedenken.

7

a) Nach der ständigen höchstrichterlichen Rechtsprechung, die der VIII. Zivilsenat (vgl. z.B. Urt. v. 2. Dezember 1958 - VIII ZR 212/57, WM 1959, 138, 139; Urt. v. 9. Oktober 1963 - VIII ZR 210/62, WM 1963, 1186; Urt. v. 27. Januar 1965 - VIII ZR 62/63, NJW 1965, 687 f.; Urt. v. 23. Mai 1966 - VIII ZR 60/64, WM 1966, 678; Urt. v. 5. Februar 1975 - VIII ZR 151/73, NJW 1975, 735, 736) mit Zustimmung anderer Senate des Bundesgerichtshofs (vgl. BGH, Urt. v. 14. Februar 1967 - VI ZR 140/65, WM 1967, 562, 563; BGH, Urt. v. 20. Februar 1967 - III ZR 134/65, NJW 1967, 1022, 1024) und des Schrifttums (vgl. z.B. Staudinger/ Wiegand, BGB, 13. Aufl. 1995 § 932 RdNr. 90 und 140 ff.; Soergel/Mühl, BGB, 12. Aufl. § 932 RdNr. 18; MünchKomm. z. BGB/Quack, 2. Aufl. § 932 RdNr. 37, 48 und 83-85; Erman/ Michalski, BGB, 9. Aufl. § 932 RdNr. 11; Jagusch/Hentschel, 33. Aufl. § 25 StVZO RdNr. 4; Reinking/Eggert, Der Autokauf, 5. Aufl. RdNr. 1483, 1489-1498 m.w.N.) in einer Reihe von Entscheidungen entwickelt hat, die auch von dem jetzt für Eigentumsansprüche zuständigen erkennenden Senat (Sen.Urt. v. 11. März 1991 - II ZR 88/90, LM § 936 Nr. 1; Sen.Urt. v. 13. April 1994 - II ZR 196/93, LM § 932 Nr. 43) übernommen worden ist, begründet beim Kauf gebrauchter Kraftfahrzeuge der Besitz desselben allein nicht den für den Gutgläubenserwerb nach § 932 BGB bzw. § 366 HGB erforderlichen Rechtsschein. Vielmehr gehört es regelmäßig zu den Mindestanforderungen (BGH, Urt. v. 9. Oktober 1963 - VIII ZR 210/62, WM 1963, 1186; BGH, Urt. v. 23. Mai 1966 - VIII ZR 60/64, WM 1966, 678; BGH, Urt. v. 5. Februar 1975 - VIII ZR 151/73, NJW 1975, 735, 736; Staudinger/Wiegand aaO § 932 RdNr. 158) gutgläubigen Erwerbs eines solchen Kraftfahrzeugs, daß sich der Käufer den Kraftfahrzeugbrief vorlegen läßt, um die Berechtigung des Veräußerers prüfen zu können (Sen.Urt. v. 11. März 1991 aaO m.w.N.). Diese gefestigte Rechtsprechung wird von der Erwägung getragen, daß bei gebrauchten Kraftfahrzeugen jeder Teilnehmer am Rechtsverkehr, auch wenn er keine genaue Kenntnis von den rechtlichen Voraussetzungen und Folgen einer Sicherungsübereignung hat, wissen muß, daß Kraftfahrzeuge oftmals als Sicherheit für einen bei ihrer Anschaffung gewährten Kredit dienen (Sen.Urt. v. 11. März 1991 aaO m.w.N.) und daß deswegen der Umstand, daß der Veräußerer den Kraftfahrzeugbrief nicht vorlegen kann, Argwohn erwecken und zu weiteren Nachforschungen Anlaß geben muß (Sen.Urt. v. 13. April 1994 aaO), jedenfalls aber nicht das schützenswerte Vertrauen rechtfertigt, der Besitzer des Gebrauchtwagen sei Eigentümer oder doch zur Verfügung über die Sache ermächtigt. Dabei hat sich die höchstrichterliche Rechtsprechung auch von der Bedeutung des Kraftfahrzeugbriefs leiten lassen, wie sie u.a. in § 25 Abs. 4 S. 2 i.V.m. § 27 Abs. 3 StVZO zum Ausdruck gekommen ist, daß nämlich dieser Brief, auch wenn er kein Traditionspapier ist (vgl. BGH, Urt. v. 8. Mai 1978 - VIII ZR 46/77, NJW 1978, 1854 m.w.N.), den Eigentümer oder sonst dinglich am Kraftfahrzeug Berechtigten schützen soll (BGHZ 10, 122, 125).

8

Unter Kraftfahrzeughändlern gelten in dieser Hinsicht keine geringeren Anforderungen (BGH, Urt. v. 2. Dezember 1958 - VIII ZR 212/57, WM 1959, 138, 140); auch der Umstand, daß sich in bestimmten Kreisen oder zwischen in ständiger Geschäftsbeziehung stehenden Personen bestimmte leichtsinnige Handlungsweisen eingebürgert haben (BGH, Urt. v. 2. Dezember 1958 aaO) und in der Vergangenheit Schwierigkeiten trotz unterbliebener Vorlage der Kraftfahrzeugpapiere nicht aufgetreten sind, begründet kein rechtlich begründetes Vertrauen, daß der Verkäufer auch bei künftigen, in gleicher Weise abgewickelten Geschäften zumindest Verfügungsberechtigter ist, auch wenn er den Kraftfahrzeugbrief nicht vorlegen kann.

9

b) Entgegen der Meinung des Berufungsgerichts rechtfertigt der Umstand, daß die von der Beklagten bei der S. GmbH gekauften Gebrauchtfahrzeuge zum Teil oder überwiegend aus nach Ablauf der Überlassungszeit beendeten Leasinggeschäften stammten, keine abweichende Beurteilung. Denn auch hinsichtlich derartiger Fahrzeuge besteht die naheliegende - die Pflicht, Einsicht in die Kraftfahrzeugpapiere zu nehmen, auslösende - Gefahr, daß der Veräußerer weder Eigentümer der Pkw noch zum Verkauf der Fahrzeuge ermächtigt ist. Das in Deutschland in den letzten Jahren in erheblichem Umfang zugenommene Privat-Autoleasinggeschäft (vgl. Reinking/Eggert aaO RdNr. 1016 f.) ist, worauf die Revision mit Recht hinweist, seiner Funktion nach nur eine andere Form der Finanzierung der Anschaffungskosten eines Pkw. Auch bei ihr hat derjenige, der den Kaufpreis vorfinanziert hat, nicht anders als jeder andere Kreditgeber - mag es sich um den Händler, die Bank des Autoherstellers oder ein sonstiges Kreditinstitut handeln -, ein berechtigtes Interesse daran, sich davor zu schützen, daß der Kraftfahrzeugbesitzer über den Wagen verfügt, bevor alle Forderungen aus dem Leasinggeschäft getilgt sind. Eben deswegen lassen sich die Leasinggeber - wie auch im vorliegenden Fall geschehen - die Kraftfahrzeugpapiere aushändigen und geben sie erst dann frei, wenn sie wegen aller Ansprüche aus dem Leasinggeschäft befriedigt sind oder jedenfalls sicher sein können, daß die Erfüllung ihrer Forderungen nicht gefährdet ist. Der Umstand, daß die Kraftfahrzeugbriefe der beiden Fahrzeuge, um deren Erlös die Parteien streiten, wie die Beklagte angenommen haben will, noch bei den Leasinggesellschaften lagen, mußte deswegen bei ihr besonderen Argwohn erwecken, ob die S. GmbH Verfügungsbefugt war. Insofern gilt nichts anderes, als wenn die Beklagte davon ausgegangen wäre, daß die Papiere bei einer Bank oder Sparkasse lagen (vgl. BGH, Urt. v. 27. Januar 1965 - VIII ZR 62/63, NJW 1965, 687 f.; ferner Reinking/Eggert aaO RdNr. 1498). Das Risiko, daß der veräußernde Gebrauchtwagenhändler nicht Verfügungsbefugt ist, geht der Erwerber in diesen Fällen sehenden Auges ein (vgl. BGH, Urt. v. 2. Dezember 1958 aaO).

10

Im übrigen beachtet das Berufungsgericht bei seiner gegenteiligen Sicht nicht, daß nach Beendigung der Leasingzeit Kraftfahrzeughändler die zurückgegebenen Fahrzeuge regelmäßig wieder in ihren Bestand nehmen und deren Zeitwert vergüten müssen, was angesichts der gerichtsbekanntenen Verhältnisse auf dem Gebrauchtwagenmarkt in den meisten Fällen - so auch hier - dazu führen wird, daß der dafür zu zahlende Preis finanziert werden muß und der Kreditgeber auf der Einräumung von Sicherheiten besteht. Ohne Einsichtnahme in die Kraftfahrzeugbriefe mußte die Beklagte deswegen gewärtigen, daß die S. GmbH nicht nur nicht Eigentümerin der Pkw, sondern auch zur Verfügung über die Fahrzeuge nicht befugt war, sei es, daß das Verfügungsrecht bei den Leasinggesellschaften, sei es, daß es bei dem Kreditinstitut lag, das die Finanzierung der übernommenen Fahrzeuge zur Verfügung gestellt hatte.

11

Zu Unrecht stützt sich das Berufungsgericht in einer Hilfsrüge für seine gegenteilige Annahme auf Nr. 4.2 der Raumsicherungsverträge. Bei deren Auslegung, die der Senat selbständig überprüfen kann, weil es sich um eine in der Bundesrepublik Deutschland allgemein bei der Sicherungsübereignung von Gebrauchtfahrzeugen gebräuchliche Klausel handelt (vgl. Thomas/Putzo, ZPO, 19. Aufl. § 550 RdNr. 7 m.w.N.), hat das Oberlandesgericht nicht den gesamten Text in den Blick genommen und ist dadurch zu dem verfehlten Verständnis gelangt, die Klägerin habe die Verfügungsbefugnis der S. GmbH allein an den unmittelbaren Besitz der sicherungsübereigneten Kraftfahrzeuge geknüpft. Dem einleitenden Satz der Klausel ist hingegen zweifelsfrei zu entnehmen, daß die S. GmbH die Kraftfahrzeugbriefe an die Sicherungseigentümerin abzuliefern hatte, diese also gerade die üblichen Vorkehrungen dagegen getroffen hat, daß der Kraftfahrzeugbesitzer in einer Weise über den sicherungsübereigneten Pkw verfügen konnte, der einen gutgläubigen Erwerb ermöglichte. Wenn in Nr. 4.2 aaO darüber hinaus der Klägerin das Recht eingeräumt wurde, das Besitzrecht der S. GmbH zu widerrufen,

wenn sie dies für erforderlich halten durfte, so stellt dies eine zusätzliche Sicherung der Eigentümerin dar; denn, auch wenn die S. GmbH als Nichtberechtigte ohne Vorlage der Kraftfahrzeugbriefe einem Erwerber nicht nach §§ 932 BGB, 366 HGB wirksam das Eigentum verschaffen konnte, war die Klägerin doch nicht vor anderen Beeinträchtigungen ihrer Kreditnehmerin geschützt, die als Besitzerin der Fahrzeuge jedenfalls faktisch imstande war, das Sicherungseigentum der Sparkasse zu beeinträchtigen und sie u.U. zu langwierigen und kostenintensiven Nachforschungen nach vertragswidrig weggegebenen, womöglich in das Ausland verschobenen Fahrzeugen zu zwingen. Ebenso kann eine Verletzung der Verwahrungs- und Instandhaltungspflicht durch den Sicherungsgeber ein Anlaß für den Sicherungseigentümer sein, das vereinbarte Besitzrecht zu widerrufen. Die Auslegung, die das Berufungsgericht der Klausel gegeben hat, wird im übrigen weder der Interessenlage der Beteiligten gerecht, denen es darum geht, mit den sicherungsübereigneten Fahrzeugen zu handeln und aus den Erlösen u.a. die Kreditverpflichtungen bedienen zu können, noch läßt sie sich in der Praxis durchführen, weil Kreditinstitute regelmäßig nicht über die Räumlichkeiten verfügen, Gebrauchtwagen aufzustellen, und weil im Regelfall die Inbesitznahme der Kraftfahrzeugbriefe ausreicht, um das Standardrisiko auszuschalten, daß ein Käufer gutgläubig Eigentum erwirbt.

12

3. Da danach die angefochtene Entscheidung nicht mit der Begründung gehalten werden kann, die Beklagte habe guten Glaubens das Eigentum an den beiden Kraftfahrzeugen erworben, kommt es auf die - von seinem abweichenden Standpunkt von dem Berufungsgericht mit Recht offen gelassene - Frage an, ob die Klägerin, wie sie behauptet hat, entgegen dem Wortlaut der Raumsicherungsverträge der S. GmbH eine Ermächtigung (§ 185 BGB) zur Weiterveräußerung der sicherungsübereigneten Fahrzeuge nie erteilt bzw. dieselbe vor dem 17. März 1993 widerrufen hat. Zur Klärung dieser Frage ist die Sache an die Vorinstanz zurückzuverweisen.